

17. Januar 2014

Zu der heute von Bündnis90/DIE GRÜNEN vorgelegten „Energiewendeagenda 2020“ erklärt Hildegard Müller, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung:

"Erfreulich ist die von den Grünen erklärte Bereitschaft, konstruktiv an der Umsetzung der Energiewende mitzuarbeiten. Ebenso wichtig ist, dass die Grünen anerkennen, dass die Energiewende längst in eine neue Phase getreten ist, die einen völlig ungesteuerten Zubau von Erneuerbaren Energien ohne Rücksicht auf Kosten und Systemverträglichkeit nicht mehr erlaubt. Dennoch bleiben einige wichtige Vorstellungen der Grünen aus Sicht der Energiewirtschaft unrealistisch oder zu unkonkret. Die Ablehnung von Ausbaurouten für die Erneuerbaren Energien ist aus unserer Sicht das falsche Signal. Gerade im Hinblick auf die notwendige Synchronisation mit dem Netzausbau sind mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit beim Erneuerbaren-Zubau zwingend notwendig. Positiv ist, dass sich die Grünen für eine technologiespezifische Förderung der Erneuerbaren aussprechen. Auch die Vorstellungen zum Marktprämienmodell gehen in die richtige Richtung.

Leider würdigen die Grünen die wichtige Rolle des Energieträgers Kohle weiterhin nicht in angemessener Weise. Damit wird nicht ausreichend berücksichtigt, dass der Industriestandort Deutschland mit Blick auf Versorgungssicherheit und Kostenbelastung neben Gaskraftwerken auch in Zukunft auf moderne und effiziente Kohlekraftwerke angewiesen sein wird.

Mit Blick auf die Gesamtkosten stellen die Grünen im Wesentlichen erneut Verteilungsfragen in den Vordergrund. Entscheidend ist aber jetzt, die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Energiewende in den Mittelpunkt zu stellen. Hier müssen auch die Grünen weitere konkrete Vorschläge machen, statt mit Verteilungsdebatten weiterhin von den eigentlichen Kosten-Problemen abzulenken.

Auch wenn das Thema CO₂-Einsparung in den Bereichen Wärmemarkt und Verkehr erwähnt wird, bleibt das Papier in diesen für den Klimaschutz entscheidenden Bereichen wenig konkret. Gerade in diesen Bereichen werden die Potenziale des Energieträgers Erdgas nicht ausreichend aufgegriffen. Der BDEW mahnt seit langem eine stärkere Rolle von Erdgas bei der Energiewende an. Zudem legen die Grünen den Fokus leider zu viel zu stark auf nationale Maßnahmen und vernachlässigen die europäische Perspektive der Energiepolitik. Diese rein nationale Sicht reicht mehr

**BDEW Bundesverband
der Energie- und
Wasserwirtschaft e. V.**
Reinhardtstraße 32
10117 Berlin

Bereich Kommunikation

Jan Ulland
Stv. Pressesprecher
Telefon
+49 30 300199-1162
-1164

Telefax
+49 30 300199-4190
presse@bdew.de
www.bdew.de

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Berlin, vertritt rund 1 800 Unternehmen. Das Spektrum der Mitglieder reicht von lokalen und kommunalen über regionale bis hin zu überregionalen Unternehmen. Sie repräsentieren rund 90 Prozent des Stromabsatzes, gut 60 Prozent des Nah- und Fernwärmeabsatzes, 90 Prozent des Erdgasabsatzes sowie 80 Prozent der Trinkwasser-Förderung und rund ein Drittel der Abwasser-Entsorgung in Deutschland.

nicht aus. Auch die Grünen müssen Energiepolitik viel stärker europäisch denken.

Die Energiewirtschaft bietet den Grünen konstruktive Gespräche über das heute vorgelegte Papier und die Zukunft der Energiewende an, die wir alle zum Erfolg führen wollen."